**Positionspapier der LAG Hartz IV zum Bedingungslosen Grundeinkommen**

Die LAG Hartz IV sieht sich als Interessenvertretung nicht nur der Erwerbslosen und Grundsicherungsbeziehenden, sondern aller prekär Beschäftigten, Leih- und Zeitarbeiter\*innen, Menschen ohne armutsfeste Renten sowie Obdach- und Wohnungslosen. Wir möchten allen Ausgegrenzten und sozial Benachteiligten in dieser Gesellschaft eine Stimme geben.

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BG), das von einer Minderheit in der Partei als eine bessere Lösung, statt einer Mindestsicherung, angesehen wird teilen wir nicht und wir finden dieses illusorische Versprechen für eine sozialistische Partei nicht als den richtigen Weg. Er ist weder im Sozialismus einlösbar noch in der kapitalistischen Gesellschaft wünschenswert.

Die Alternative heißt: Abschaffung von Hartz IV, flächendeckende Tariflöhne und Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, sowie Mitbestimmung bei den Arbeitsbedingungen und bei der Produktion.

Eine Gesellschaft lebt davon, dass Menschen arbeiten, und auch nur so werden Werte erzeugt. Bedingungsloses Grundeinkommen würde ja bedeuten, allen steht es zu, auch denjenigen, die Einkommen durch Erwerbsarbeit haben. Wo soll dieses Geld herkommen? Ideologen des Kapitals, das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut, der ehemalige Chef der Drogeriekette DM, Teile der Unternehmerpartei FDP, und jetzt auch die Führungsgremien der Grünen, unterstützen das BG. Allein dies muss einen schon stutzig machen. Die Folge wäre eine Schwächung der Gewerkschaften beim Entlohnungskampf, die Erwerbsarbeit hätte keinen Wert mehr, würde kaum noch entlohnt werden, und es würde eine Profitmaximierung für die Unternehmen bedeuten. Außerdem eine resignative inhumane Erwerbslosigkeit bei gleichzeitiger Intensivierung der Erwerbsarbeit auf der anderen Seite.

Unterm Strich hätten die Menschen mit BG nicht mehr Geld zum Leben als die jetzt Sozialleistungen Beziehenden. Auch die Beschäftigten hätten weniger Geld, denn höhere Steuern aller Art wären bei diesem Modell zwingend notwendig.

Die Interessenlage der Kapitalbesitzer, die das BG befürworten ist eine andere als die der ALG-II-Beziehenden. Thomas Straubhaar: „einen vollständigen Umbau des Sozialsystems, also Wegfall der Lohnkosten, einen radikalen Systemwechsel beim Steuersystem, einen für alle gleichen Steuersatz von 50% (Mehrwertsteuer) für alle“. Und weiter „Deregulierung des Arbeitsmarktes, wie Wegfall von Kündigungsschutz und Flächentarifen“.

Die herrschenden Kräfteverhältnisse in Deutschland lassen nicht zu, dass die Reichen dann etwa mehr Steuern bezahlen.

Das BG ist keine solidarische Lösung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen.

Es wäre die Spaltung der Menschen, die darauf angewiesen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen, eine Ruhigstellung und sich Abfinden mit den Bedingungen im Kapitalismus. Wer Erwerbsarbeit hat, darf sich unabhängig, selbstbewusst und besser fühlen. Wer nur BG hat, würde dagegen durch Vorurteile stigmatisiert und als Loser gelten. Es ist wichtig die Kampfkraft der Menschen zu erhalten und zu unterstützen, statt sich vom Staat abspeisen zu lassen.

Viele Studien belegen, dass Erwerbslosigkeit - auch wenn sie nicht mit Armut verknüpft ist - den Menschen deformiert und psychosoziale Folgen mit sich bringen kann. Dies zeigt sich gerade jetzt sehr deutlich auf Grund der Pandemie: monatelange Kurzarbeit, Wegfall von Mini-Jobs und Einschränkung bei Solo-Selbstständigen und Künstler:innen.

Ohne Erwerbsarbeit fühlt sich der Mensch aus der aktiven Gesellschaft ausgeschlossen und zu oft ist das auch so.

Nur im Protest und Widerstand kann sich Kampfgeist entwickeln und können sich Kräfteverhältnisse ändern. Die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln müssen verändert werden, diese bleiben jedoch beim BG unangetastet. Die Entstehung des Reichtums einiger Wenigen wird nicht hinterfragt, aber die heutigen und die zukünftigen Erwerbslosen würden ruhiggestellt.